

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Fraktion der SPDBeratungsfolge:

05.03.2014 BVV

BVV/ 021/VII

**Betreff: Bürgerorientierter Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
Parkraumüberwachung****Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parkraumüberwachung (Außendienst) in die Lage zu versetzen, Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit Anliegen aus dem Bereich der allgemeinen Ordnungsangelegenheiten an sie wenden, Auskunft darüber zu erteilen, an wen sie sich in der konkreten Angelegenheit wenden können.

Berlin, den 26.02.2014

Einreicher: Fraktion der SPD

BV Ronald Rüdiger, BV Klaus Mindrup

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ EINSTIMMIG
_____ MEHRHEITLICH
_____ JA
_____ NEIN
_____ ENTHALTUNGEN

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ zusätzlich in den Ausschuss für
_____ und in den Ausschuss für

federführend

Begründung:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parkraumüberwachung sind, auf Grund ihres Beschäftigungsverhältnisses, nicht mit allgemeinen Ordnungsangelegenheiten befasst. Nichtsdestotrotz werden sie, auf Grund ihrer Uniformierung, von Bürgerinnen und Bürgern als Vertreter der Verwaltung auf der Straße wahrgenommen und angesprochen. Dies führt, auf Grund der Nichtzuständigkeit, gelegentlich zu unbefriedigenden Gesprächsverläufen für beide Seiten, da keine konkreten Aussagen zu Sachverhalten getroffen werden können. Für viele Bürgerinnen und Bürger entsteht so das Bild einer teilnahmslosen Verwaltung, im Ergebnis kommt es zum Ansehensverlust von Verwaltung im Allgemeinen und Ordnungsamt im Besonderen. Schon die bloße Auskunft darüber, an wen man sich im konkreten Sachverhalt wenden kann (Zettel mit den Kontaktdaten der zentralen Anlauf- und Beratungsstelle), kann hier ein deutlich positiveres Bild zeichnen.